

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT LEONBERG

Herrn Oberbürgermeister
Martin Kaufmann
Stadt Leonberg

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Gemeinderat Leonberg**

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Leonberg, 06.11.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,

Für den Haushalt 2019 bringt die Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* folgende **Anträge** ein:

Antrag:

Statt der für den Teilhaushalt 01 vorgesehenen 50%-Personalstelle für die Sachbearbeitung in der Pressestelle wird eine 100%-Stelle für den Bereich luK mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Schulen“ geschaffen.

Begründung:

Die Pressestelle wurde erst Mitte 2018 mit einem neuen Mitarbeiter besetzt. Es ist aus Sicht der Grünen-Fraktion insofern noch zu früh, schon jetzt die Pressestelle personell zu erweitern, bevor nachvollziehbar ist, welche Schwerpunkte und neuen Aufgaben sich für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung ergeben. Sicherlich können sich gerade in Hinsicht auf die Nutzung der so genannten sozialen Medien neue Aspekte nicht zuletzt durch einen Austausch mit dem Jugendausschuss ergeben.

Deutlich wurde hingegen bei der Herbst-Sitzung des Schulbeirats, dass in den Schulen bereits vorhandene Strukturen und Materialien nicht genutzt werden, weil bisher keine ausreichende persönliche Unterstützung in der ganz konkreten Installation und Pflege erfolgt/erfolgen kann. Die Aufgabe der seit Oktober bei der Stadtverwaltung tätigen neuen Mitarbeiterin ist mehr auf die Planung und Konzeption der notwendigen Strukturen ausgerichtet als auf die vor Ort – Unterstützung in den Schulen. Um allen Schulen unabhängig von ihren individuellen IT-Ressourcen im Kollegium bzw. Firmenpartnerschaften einen schnellen Fortschritt bei der Etablierung digitaler Optionen zu ermöglichen hält die Grünen-Fraktion eine solche personelle Unterstützung durch den Bereich luK für wichtig.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Im Bereich der Bushaltestelle Leonberg-Engelberg wird kurzfristig eine Querungshilfe mit Fußgängerinsel gebaut. Hierfür sind im Haushaltsplan 2019 20.000 Euro einzuplanen.

Weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind zeitnah mit den Anliegern der Stuttgarter Straße zu vereinbaren.

Begründung:

Die genannte Bushaltestelle erschließt mehrere Wohngebiete auf beiden Seiten der Stuttgarter Straße. Außerdem wird in der Nähe die zukünftige „KiTa-Nord“ gebaut werden. Zwischen dem Kreisel am Ortseingang und der Bushaltestelle Bildstöckle gibt es heute keine weitere Hilfe für Fußgänger, die sehr befahrene Straße ungefährdet zu überqueren.

Die Anwohner der Stuttgarter Straße beschwerten sich zunehmend mehr über Fahrzeuge, die mit hoher Geschwindigkeit die Straße befahren. Eine Fußgängerinsel/Querungshilfe kann durch die Verengung des Straßenraums sicherlich ein wenig zur Verkehrsberuhigung beitragen.

Aus Sicht der Grünen-Fraktion könnte außerdem mittelfristig auch an der Einmündung zum Rebenweg eine solche Insel gebaut werden.

Um den Radfahrern in die Wohngebiete nördlich des Engelbergs mehr Sicherheit zu verschaffen ist ein bergwärts durchgehender Radfahrstreifen wünschenswert. Dieser würde zudem durch ein auch optisch einschränkendes Straßenprofil zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen.

Grundsätzlich fordert die Grünen-Fraktion die Stadtverwaltung auf, zeitnah mit den interessierten Anwohnern über ein Maßnahmenpaket ins Gespräch zu kommen, um die Lebensqualität entlang der Stuttgarter Straße dauerhaft zu steigern.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Für zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrsnetzes innerhalb der Stadt sind 100.00 Euro einzuplanen.

1. Besonders dringend ist eine sichere Wegeführung im Bereich Römerstraße – Stohrerstraße – Hindenburgstraße – Gerhard-Hauptmann-Straße.
2. Auf der Brennerstraße ist eine Markierung von Radschutzstreifen vorzunehmen.
3. Das Kino Traumpalast muss auch für RadfahrerInnen sicher erreichbar werden.
4. An der Einmündung der Wasserbachstraße in die Brennerstraße sind Markierungen vorzunehmen, um die Sicherheit des Radverkehrs zu steigern.
5. Für den Ausbau des Kreisels zwischen Gerlingen und Leonberg ist von Leonberger Seite aus eine Anbindung an das Radwegenetz vorzunehmen.

Begründung:

In der jüngeren Vergangenheit wurden mehrere kleine Maßnahmen vorgenommen, um das Radfahren in Leonberg attraktiver erscheinen zu lassen. Radabstellanlagen sind aber erst sinnvoll, wenn man sie auch ungefährdet erreichen kann. Das ist beim gegenwärtigen Radverkehrsnetz innerhalb der Stadt nur selten der Fall. Deshalb müssen durch Eingriffe im Straßenverkehr für RadfahrerInnen weitere geschützte Bereiche geschaffen werden.

zu 1. Da es sich hierbei um einen von vielen SchülerInnen genutzten Bereich handelt, muss nach Ansicht der Grünen-Fraktion kurzfristig mit Markierungsarbeiten Sicherheit und Klarheit für alle Verkehrsteilnehmer hergestellt werden. Ein Abwarten auf die Fertigstellung der Baumaßnahme Römerstraße / Stohrerstraße (ehemaliges Schuhhaus Bayer) ist nicht akzeptabel.

zu 2. Diese Maßnahme wurde bereits 2013 im Radverkehrskonzept mit hoher Priorität bis spätestens Ende 2017 vorgesehen. Mittlerweile sind im Westen der Stadt neue Wohngebiete entstanden, weshalb eine sichere und schnelle Anbindung für diesen Bereich noch wichtiger geworden ist. Außerdem entstehen dort kontinuierlich neue Arbeitsplätze (GEZE, BOSCH), was eine bessere Erreichbarkeit mit dem Fahrrad ebenfalls notwendig macht.

zu 3. Die regelmäßige Anbindung des Kinos mit dem Bus wird von allen Seiten befürwortet. Was liegt aber näher, als innerhalb Leonbergs jederzeit mit dem Fahrrad ins Kino und die dortige Gastronomie zu fahren? Aktuell gibt es für Zweiräder weder für den Hin- noch für den Rückweg eine sichere und zufriedenstellende Wegeführung. Deshalb sollte vom Traumpalast mindestens bis zur Einmündung der Breslauer Straße entlang der Neue Ramtelstraße eine für alle

Verkehrsteilnehmer klare und sichere Radführung markiert werden, unter Vermeidung gemischter Fuß-/Radflächen.

Da perspektivisch geplant ist, am Kino eine weitere RegioRad-Station einzurichten, ist es in sich logisch, die verkehrliche Anbindung dementsprechend vorzunehmen. Auf die Station zu warten (nach Fertigstellung des IMAX-Kinos) ist hingegen nicht akzeptabel angesichts der Verkehrssituation in Leonberg, speziell auch rund um das Kino. Schon während der geplanten Baumaßnahme ist die Erreichbarkeit des Kinos per Fahrrad sicher zu gewährleisten.

zu 4. Das neue Gewerbegebiet Leo-West wächst. Es wurde ein Wirtschaftsweg von der o.g. Kreuzung in das Gewerbegebiet asphaltiert, der für Radfahrer die Möglichkeit bietet, schnell, direkt und sicher vom S-Bahnhof zur Arbeit zu kommen. Lediglich an dieser Kreuzung, an der zudem diverse überörtliche Radwege münden, ist die Situation unübersichtlich und entspricht nicht mehr dem absehbaren Verkehr. Um den potenziellen NutzerInnen von Anfang an eine durchgängig attraktive Anbindung anzubieten, sollte zum Beginn der Fahrradsaison 2019 eine den Radverkehr in alle Richtungen sichernde Markierung erfolgen.

zu 5. Aus Leonberg kommend bietet sich die Möglichkeit, auf den ausgewiesenen Radweg Richtung Schillerhöhe und Stuttgart zu gelangen. Allerdings ist bisher keine annähernd befriedigende Struktur vorhanden, die dem Radfahrer eine sichere Annäherung an das bestehende Netz bietet. Aus dem Ludwig-Finckh-Weg kommend geht es über einen schlechten Fuß-Rad-Mischweg an die Bordsteinkante gegenüber der Einmündung zum Waldfriedhof. Eine Weiterführung des Radverkehrs ist weder hier noch vom alten Golfplatz kommend vorgesehen. Der Ausbau des Kreisels sollte unbedingt genutzt werden, um endlich auch pendelnden Radlern nicht nur aus dem Ramtel und ins Ramtel eine attraktive Verbindung anzubieten

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

An allen Ortseingängen sind Schilder zu installieren, die darauf hinweisen, dass Leonberg seit 2013 Fairtrade-Stadt ist.

Begründung:

Nach einjähriger Vorarbeit eines sehr aktiven Steuerungsgremiums erhielt Leonberg im Rahmen der Vollversammlung der Lokalen Agenda 21 das Siegel einer Fairtrade-Stadt überreicht. In den Folgejahren konnten immer wieder neue Partner (-Unternehmen) für diese Idee gewonnen werden.

Um den starken Impuls aus der Anfangszeit dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, schlagen wir als Form der Öffentlichkeitsarbeit für dieses Thema Hinweisschilder an allen Ortseingangsstraßen vor. Solche Schilder haben nicht nur den Erinnerungseffekt für die eigene Bürgerschaft, sondern weisen Leonberg im Sinne eines positiven Stadtmarketings auch gegenüber Durchreisenden als global engagierte Kommune aus, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas für den Ausgleich zwischen reichen und Entwicklungsländern unternimmt.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Am Toilettenhäuschen am Festplatz in der Steinstraße ist eine Anlage zur Entleerung von Chemie-Toiletten für Wohnmobil-FahrerInnen anzubauen.

Begründung:

Die am Rand des Festplatzes ausgewiesenen Stellplätze werden das ganze Jahr über sehr gut von Reisenden aus ganz Europa angenommen. Im Gespräch mit diesen Besuchern wird der Stellplatz gelobt wegen seiner sehr zentralen Lage, die den Besuch der Altstadt zu Fuß erleichtert und auch das Einkaufen in der Nähe unterstützt. Darüber hinaus ist die Nähe zum Hallenbad und zur Sauna attraktiv. Auch die kundenfreundliche Stromversorgung wird von den NutzerInnen sehr positiv erwähnt.

Bei Gesprächen mit Wohnmobilisten wurde von diesen auf die fehlende Möglichkeit hingewiesen, die mitgeführten Chemie-Toiletten entleeren zu können. Eine solche Anlage sollte mit vertretbarem Aufwand außen am vorhandenen Toilettenhäuschen anzubauen sein. So ließe sich im Sinne des Stadtmarketings ein kleiner Fortschritt erzielen, um Leonberg bei Touristen in guter Erinnerung zu behalten.

R. Sebastian Werkbe
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Auf neu errichteten städtischen Gebäuden wie z.B. der KiTA Nord und der KiTA West sowie auf städtischen Dächern, die saniert werden, sollen Photovoltaik-Anlagen installiert werden. Dies ist bereits bei der Planung zu berücksichtigen.

Begründung:

Um den Umstieg auf erneuerbare Energien auch kommunal verstärkt zu unterstützen, ist es notwendig viele verschiedene Möglichkeiten auszuschöpfen. Hierzu gehören auch Photovoltaik-Anlagen. Aus diesem Grund sollen bei allen durch die Stadt neu errichteten Gebäuden und bei der Sanierung von Dächern PV-Anlagen installiert werden.

Durch die gestiegene Effektivität der Module rechnet sich eine PV-Anlage trotz der Verpflichtung zum Eigenverbrauch und der niedrigen Einspeisevergütung. Weiterhin entfallen durch den Eigenverbrauch durch den vor Ort selbst produzierten Strom u.a. Leitungsverluste und es können Einsparungen erzielt werden, da der externe Strombezug verringert wird.

Birgit Widmaier
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Die Planungskosten von 150.000€ für die ehemalige Schuhfabrik (752200027019) soll im Jahr 2019 eingespart werden. und in das Jahr 2021 verschoben werden.

Begründung:

Die ehemalige Schuhfabrik in der Eltinger Str. 11 soll als Kunstschule, Künstlerwerkstatt, Atelier und für Kunstausstellungen für die örtlichen Künstler erhalten werden.

Die KünstlerInnen in diesem Gebäude setzen sich sehr aktiv für die Kunstszene in Leonberg ein und die ehemalige Schuhfabrik ist ein Mittelpunkt der alljährlichen LaKuNa.

Bei einer Umwandlung verlieren sowohl die KünstlerInnen als auch die Leonberger Kunstszene Räume und Möglichkeiten zur Entfaltung, die in Leonberg nicht kompensiert werden können. Wir sind gegen die Umwandlung dieses Gebäudes in Wohnraum.

Die Planungsrate soll in vermindelter Form in das Jahr 2021 verschoben werden, da Geld für den Erhalt und Sanierung des Kunstraumes „Ehemalige Schuhfabrik“ in der Zukunft bereitgestellt werden soll.

Klaus Wankmüller
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Die Tiefbaumaßnahmen in der Hindenburgstraße zw. Bismarckstraße und Bergstraße in Höhe von 250.000€ (754100287001) sollen nicht in 2019 durchgeführt werden.

Begründung:

Heute fahren mehrere Buslinien (92, 94, 633) durch die Hindenburgstraße. In der Zukunft sollen das Busliniennetz neu strukturiert und entzerrt werden, welches das Aufkommen an ÖPNV in der Hindenburgstraße verringern wird. Die Tiefbaumaßnahme soll erst nach der Neustrukturierung des Busliniennetzes in Betracht gezogen werden.

Klaus Wankmüller
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Die Stadtwerke bzw. LEO-Energie erarbeiten eine Konzeption zum weiteren zukünftigen Ausbau eines Nahwärmenetzes im Bereich der Stadtmitte Leonberg.

Begründung:

Der Wärmebereich beinhaltet ein hohes Einsparpotenzial. Mittelfristig sollte die Stadt ebenfalls in den Bereich Energie und Wärme einsteigen. Dabei ist zu prüfen, wie eventuelle Erweiterungsobjekte entlang der Eltinger Straße bzw. Römerstraße an ein Nahwärmenetz angeschlossen werden können und wie im Rahmen des Vertrages mit den Sindelfinger Stadtwerken ein Eigenengagement der Stadtwerke bzw. LEO-Energie möglich ist. Neben den ökologischen Vorteilen erschließen sich damit auch Erlöse.

Bund und Land fördern aktuell die Erstellung von Wärmeplänen mit eigenen Programmen. Es ist zu erwarten, dass diese hohe Förderung reduziert wird und eine verpflichtende Umsetzung in den Kommunen ansteht.

Bernd Murschel
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Für eine mögliche Beteiligung der Stadt bei der Internationalen Bauausstellung 2027 (IBA 2027) sind konzeptionelle Überlegungen vorzustellen.

Begründung:

Die IBA ermöglicht eine zukunftsfähige Gestaltung der Region Stuttgart. Die IBA-Macher haben aktuell den ersten Projektauftrag gestartet. Gesucht werden visionäre Ideen, die ein Bauwerk oder Vorhaben sein können, aber auch konzeptionelle Vorstellungen bis zu Kongressen.

Bernd Murschel
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Marketingkonzept „Leonberg schafft kostengünstigen Wohnraum“ zu entwerfen. Maximal 10.000 Euro

Begründung:

Das Ziel des Marketingkonzeptes ist die Steigerung der Effizienz beim Umsetzen des 25%-Zieles für preisgünstigen Wohnraum. Durch eine gezielte Außenwerbung und Information möglicher Investoren soll von vorneherein jedem potentiellen Investor das 25%-Ziel verdeutlicht sein. Gleichzeitig ist es auch eine Imagekampagne für die Stadt Leonberg.

Bernd Murschel
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag:

Alle Grüninseln der Stadt, vorhandene Freiflächen an Verkehrsinseln sowie Blumenbeete werden zukünftig ausschließlich mit Wildblumenwiesen o.Ä. bepflanzt. Wo nicht möglich werden zumindest Blühstreifen eingerichtet.

Begründung:

Dem fortschreitenden Insekten- und Bienensterben soll auch im Kleinen entgegen gewirkt werden.

Dieser Antrag wurde bereits im letzten Haushalt mehrheitlich durch den Rat angenommen, da aber leider keinerlei Fortschritte bei der Umsetzung zu beobachten sind, möchten wir ihn hiermit erneut einbringen.

Birgit Suckut
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen